

Am 13. März TTIP abwählen!

Rheinland-Pfalz gegen TTIP



V.i.S.d.P.: Gerald Neubauer, c/o Campact e.V., Artilleriestr. 6, 27283 Verden/Aller



„Die mit TTIP und CETA geplanten Sondergerichte begünstigen internationale Investoren gegenüber anderen Rechtssuchenden. Das ist ungerecht.“

Irena Geier
Rechtsanwältin, Mainz

„TTIP verhindert Vielfalt. Noch halten wir in Deutschland 70 regionale Schafrassen. Doch diese Artenvielfalt bei der Tierzucht wäre mit TTIP bedroht.“



Günter Czerkus
Schäfer,
Wallendorf in der Eifel



„TTIP und CETA sind im Interesse von Großkonzernen, kleine und mittlere Betriebe haben davon nur Nachteile. Schiebt den Abkommen einen Riegel vor!“

Ewald Adams
Buchhändler, Trier



Mehr und aktuelle Informationen:
www.parteipositionen-ttip.org



Der BUND ist einer der großen
Umweltverbände in Deutschland.



Campact ist eine Bürgerbewegung,
mit der 1,7 Millionen Menschen für
progressive Politik streiten.

Rheinland-Pfalz kann im Bundesrat die
Handelsabkommen TTIP und CETA ablehnen.
Lesen Sie hier, wie die Parteien
abstimmen wollen.

TTIP und CETA ...

Das TTIP-Abkommen der EU mit den USA soll in diesem Jahr fertig verhandelt werden. Das CETA-Abkommen mit Kanada liegt schon fast fertig vor. Sofern die Abkommen vom EU-Ministerrat und dem Europaparlament angenommen werden, müssen in Deutschland voraussichtlich auch Bundestag und Bundesrat darüber entscheiden.

... beschädigen unsere Demokratie

Mit TTIP und CETA sollen Konzerne exklusive Klagerechte erhalten. Schon jetzt versucht Vattenfall, wegen des Atomausstiegs vor einem Schiedsgericht 4,7 Milliarden Euro Schadensersatz zu erstreiten. Mit TTIP und CETA könnten sich solche Klagen häufen. Konzerne wie ExxonMobil oder Monsanto könnten Schadensersatz verlangen, wenn Gesetze ihre Profite mit Fracking oder Gentechnik einschränken. Auch Rheinland-Pfalz könnte zur Zahlung von Schadensersatz herangezogen werden, wenn Landesgesetze betroffen sind.

... gefährden unsere sozialen und ökologischen Standards

Konzerne wollen mit TTIP und CETA auch in Europa Gentechnik-Essen verkaufen, Fracking-Gas fördern und möglichst viele persönliche Daten speichern, die wir im Internet hinterlassen. Denn mit den Abkommen geraten unsere hohen Standards bei der Lebensmittelproduktion, Energieversorgung und beim Datenschutz unter Druck. Zudem sollen Konzernlobbyisten in einem „Rat für regulatorische Kooperation“ Mitsprache bei Gesetzesvorhaben erhalten.

... beschränken die kommunale Daseinsvorsorge

Mit TTIP und CETA wächst der Druck, öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren. Stadtwerke oder Trinkwasserversorger könnten mit dem CETA-Abkommen kaum mehr rekommunalisiert werden – Ähnliches droht bei TTIP. Soziale Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, wie zum Beispiel die Zahlung von Tariflöhnen, werden bei internationaler Ausschreibung noch stärker angreifbar.

Der Parteiencheck

Innerhalb der nächsten Jahre wird Rheinland-Pfalz voraussichtlich im Bundesrat über CETA und TTIP abstimmen. Wir haben die Parteien gefragt, wie sie sich im Falle einer Regierungsbeteiligung im Bundesrat verhalten, sofern die Abkommen Sonderklagerechte für Investoren enthalten, soziale/ökologische Standards gefährden oder die kommunale Daseinsvorsorge einschränken.

	Verweigert CETA im Bundesrat die Zustimmung*	Verweigert TTIP im Bundesrat die Zustimmung*
	keine Festlegung	keine Festlegung
	JA	JA
	JA	JA
	JA	JA
	keine Festlegung	keine Festlegung

*Die Tabelle beruht auf den Antworten auf folgende Frage: Vorausgesetzt, Ihre Partei kann als Teil der künftigen Landesregierung das Abstimmungsverhalten von Rheinland-Pfalz im Bundesrat mitbestimmen: Wird Ihre Partei dafür sorgen, dass Rheinland-Pfalz dem CETA-Abkommen/dem TTIP-Abkommen nicht zustimmt, sofern dieses Sonderklagerechte für ausländische Investoren enthält oder soziale/ökologische Standards gefährdet oder die kommunale Daseinsvorsorge einschränkt?

Ausführliche Begründungen und die Antworten weiterer Parteien finden Sie hier: www.parteipositionen-ttip.org

